PRESSEMITTEILUNG

Langzeitarbeitslose: Bessere Unterstützung durch die Jobcenter, aber auch mehr Eigeninitiative gefragt

Rund 53 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die länger als ein Jahr in der Grundsicherung sind, bewerten Stellenvorschläge der Jobcenter als wenig oder überhaupt nicht passend. Dabei ist mehr als die Hälfte der Befragten bereit, beim Gehalt Abstriche zu machen oder eine Stelle anzunehmen, für die sie höher qualifiziert sind als nötig. Allerdings ist gut die Hälfte der Befragten gar nicht auf Jobsuche. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung der Bertelsmann Stiftung von gut 1.000 Langzeitarbeitslosen zwischen 25 und 50 Jahren. Die Untersuchung zeigt, dass sowohl Eigeninitiative der Betroffenen als auch eine gezieltere Unterstützung durch die Jobcenter erforderlich sind, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Gütersloh, 27. November 2026. Mehr als die Hälfte der befragten Langzeitarbeitslosen bewertet die Stellenangebote der Jobcenter als wenig oder gar nicht passend. Lediglich knapp 15 Prozent bewerten die Angebote als sehr passend. Laut Vorgängerstudien der Bertelsmann Stiftung zu Langzeitarbeitslosen berichten zudem 43 Prozent der Befragten, dass sie ohnehin noch nie ein Stellenangebot vom Jobcenter bekommen haben. „Zwar ist im neuen Gesetz zur Grundsicherung der Vorrang von Vermittlung festgeschrieben. Aber der kann nur zu mehr Beschäftigung führen, wenn die Stellenvorschläge auch realistisch sind und zu den Fähigkeiten der Langzeitarbeitslosen passen“, sagt Tobias Ortmann, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung. Die aktuelle Studie zeigt, dass das Bewerbungsverhalten deutlich zunimmt, je passender die vorgeschlagene Stelle ist.

Mehr Bereitschaft zu Zugeständnissen als allgemein vermutet

Wer einen Job sucht, ist zu Zugeständnissen bereit. Zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) sagen, dass sie bereit sind, Abstriche zu machen, auch wenn sie für den angebotenen Job eigentlich überqualifiziert sind. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) sagt, dass sie auch bei ihren Gehaltsvorstellungen zu Zugeständnissen bereit ist. Seltener zu Konzessionen bereit sind die Befragten bei hoher Arbeitsbelastung (41 Prozent), bei langen Arbeitswegen (40 Prozent) und ungünstigen Arbeitszeiten (39 Prozent). Am geringsten ist die Kompromissbereitschaft bei einem Wohnortwechsel (31 Prozent). „Die Bereitschaft zu Zugeständnissen ist größer, als es in vielen Diskussionen den Anschein macht“, sagt Roman Wink, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung. „Doch nicht alle Anforderungen eines Jobs lassen sich mit der persönlichen Lebenssituation vereinbaren. Wer Kinder betreut oder gesundheitlich eingeschränkt ist, kann beispielsweise ungünstige Arbeitszeiten, lange Arbeitswege oder hohe Belastungen nicht ohne Weiteres in Kauf nehmen. Das betrifft insbesondere auch Frauen. Die Forderung nach mehr Bereitschaft greift hier zu kurz, wenn Betreuungsangebote oder gesundheitliche Hilfen ausbleiben.“

Bewerbungsprozess bleibt für Langzeitarbeitslose schwierig

Der Weg zurück in den Arbeitsmarkt bleibt für Leistungsbeziehende schwierig, das zeigt auch die Vermittlungsquote der Arbeitsverwaltung. Sie ist seit 2014 von 14 Prozent auf nur noch

fünf Prozent gefallen. Der Rückgang setzte demnach deutlich vor der aktuell schwierigen Arbeitsmarktlage ein. Die vorliegende Studie zeigt, wo der Weg in Arbeit für langzeitarbeitslose Leistungsbeziehende misslingt: Eine Mehrheit von knapp 60 Prozent, die sich auf eine eigens gefundene oder vom Jobcenter angebotene Stelle beworben hatten, hatte nicht einmal ein Vorstellungsgespräch. Von den übrigen 40 Prozent mit Vorstellungsgespräch erhielt nur gut jede fünfte Person eine Jobzusage, also ein Bruchteil der langzeitarbeitslosen Leistungsbeziehenden auf Stellensuche. Gründe liegen neben den genannten privaten und gesundheitlichen Hürden unter anderem in weiteren Vermittlungshemmnissen wie geringe Bildung, hohes Alter und wenig Arbeitserfahrung. Zudem werden Frauen seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen.

Eigeninitiative einfordern, Unterstützung gezielt verbessern

Die Vorgängerstudien zeigten bereits, dass gut die Hälfte der Befragten in den letzten vier Wochen überhaupt nicht nach einer Stelle gesucht hat. Aber auch unter denjenigen, die aktiv nach Jobs suchten, blieb es häufig bei der Stellensuche: Ein Viertel verschickte in den letzten vier Wochen keine einzige Bewerbung, ein weiteres Viertel höchstens drei. Nur etwa jede:r Zehnte kam auf eine hohe Zahl von 20 und mehr Bewerbungen. Für diese Gruppe steigt die Chance auf ein Vorstellungsgespräch deutlich, wie die neue Studie zeigt.

Die Ergebnisse zeigen, dass Jobcenter stärker danach unterscheiden sollten, warum Bewerbungsbemühungen und Arbeitsaufnahmen ausbleiben. Bei gesundheitlichen Einschränkungen sollte zunächst geklärt werden, welche Hilfen notwendig sind, um eine Beschäftigung wieder zu ermöglichen. Bei längerfristigen Erkrankungen sollte eine Überprüfung der Erwerbsfähigkeit anstehen. Wer wegen fehlender Kinderbetreuung keine Arbeit aufnehmen kann, braucht mehr Unterstützung dabei, entsprechende Betreuungsmöglichkeiten zu finden.

Von Menschen, die arbeiten können, aber keine Stelle suchen, sollten die Jobcenter dagegen konkrete und überprüfbare Eigenbemühungen einfordern. Wer zwar nach Stellen sucht, aber keine Bewerbungen verschickt, benötigt gezielte Stellenvorschläge durch die Jobcenter inklusive Prüfung der Bewerbung. Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote können für Menschen mit großer Distanz zum Arbeitsmarkt ein erster Schritt sein. „Wer sich bewerben kann, muss sich auch tatsächlich um Arbeit bemühen. Die Jobcenter sollten deshalb genauer prüfen, warum Bewerbungen ausbleiben, und die Eigenbemühungen verbindlich einfordern. Gleichzeitig brauchen diejenigen gezielte Unterstützung, die trotz eigener Anstrengungen nicht weiterkommen“, sagt Ortmann. „Es ist wichtig, dass Jobcenter Bewerbungen einfordern und die Qualität prüfen. Insbesondere Langzeitarbeitslose sollten gezielt darin unterstützt werden, passende Stellen zu finden und überzeugende Bewerbungen zu schreiben.“ Daran knüpft die neue Zielsteuerung für Jobcenter ab 2027 an. Neben der Jobaufnahme sollen auch Fortschritte auf dem Weg in Arbeit stärker abgebildet werden, wie etwa eine aktivere Stellensuche oder der Abbau gesundheitlicher Hürden. "Entscheidend sind messbare Kriterien für die vor Ort festgelegten Ziele, damit Fortschritte überprüft werden können und bei ausbleibender Wirkung nachgebessert werden kann."

Auch Arbeitgeber sind gefragt, wenn es um die Verbesserung der Chancen geht. Probearbeit und geförderte Maßnahmen bei Arbeitgebern bieten die Möglichkeit, die Fähigkeiten der Bewerber:innen einzuschätzen und Vorbehalte abzubauen. Dabei können auch Lohnkostenzuschüsse und begleitendes Coaching helfen, den Einstieg in Beschäftigung zu erleichtern. Jobcenter sollten daher die Kandidat:innen als auch die Arbeitgeber passgenau auswählen und während der Erprobung und Einarbeitung intensiver begleiten.

Zusatzinformationen:

Die Studie ist Teil der Untersuchung „Lebenssituation und Erfahrungen von Bürgergeldbeziehenden (LEBez)“ des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und des SOKO Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Die Erhebung erfolgte vom 15. April bis 18. Juni 2025. Zielgruppe waren erwerbsfähige Leistungsbeziehende zwischen 25 und 50 Jahren, die mindestens seit einem Jahr Bürgergeld beziehungsweise Grundsicherung beziehen und arbeitslos oder arbeitsuchend sind. Zum 1. Juli wurde das Bürgergeld zur „neuen Grundsicherung“ reformiert. Die Stichprobe wurde vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gezogen. Die Genehmigung erfolgte durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Ansprechpartner: **Tobias Ortmann, Telefon: 0 52 41 81 81-181**
E-Mail: tobias.ortmann@bertelsmann-stiftung.de

Roman Wink, Telefon 0 52 41 81 81-560
E-Mail: roman.wink@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.
Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. www.bertelsmann-stiftung.de